

## DIE KIRCHE - HORT DES "OHNE MICH"?

von Bundestagspräsident D.Dr. Eugen Gerstenmaier

Durch das Scheitern der EVG im französischen Parlament sind wir vor die Notwendigkeit gestellt worden, uns erneut mit der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages auseinanderzusetzen. Die allgemeinen politischen und gedanklichen Voraussetzungen dieser Auseinandersetzung sind dieselben geblieben wie bei der EVG, abgesehen davon, daß die deutsche Nationalarmee im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis kein Teil eines integrierten europäischen Verteidigungssystems, sondern Partner einer neuen Militärallianz sein wird. Man müßte es begrüßen, wenn diesem Unterschied in der deutschen Öffentlichkeit und in der Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung Bedeutung zugemessen würde. Aber bis jetzt hat dieser Unterschied in der öffentlichen Auseinandersetzung, die nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 wieder begann, eine bedauerlich geringe Rolle gespielt. Es formierte sich einfach die zweite Welle der alten "Ohne-mich"-Bewegung. Sie brachte weder neue Argumente noch neue Forderungen. Sie wiederholte nur, was uns aus den Tagen der Auseinandersetzung mit Heinemann, Wirth, Niemöller und jenem sozialistischen Flügel geläufig ist, der sich schon der Schumacher'schen Parteidisziplin niemals ganz unterworfen hat und der dem jetzigen Parteiführer der SPD erst recht nicht zu folgen bereit ist.

Die Bundestags- und Landtagswahlen von 1953 und 1954 haben erwiesen, daß die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes nicht bereit und nicht willens ist, sich der "Ohne-mich"-Welle anzuschließen. Auch Aufrufe, wie sie z.B. der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund am 8. November 1954 und andere prominente Männer der evangelischen Kirche in die Welt gehen ließen, haben daran nichts zu ändern vermocht. Diesen Appellen ist in der Öffentlichkeit nur ein schwaches Echo zuteil geworden. Innerhalb der evangelischen Kirche hat man sich weitgehend damit abgefunden, daß einzelne Gruppen und Grüppchen sich auf dieser Linie politisch bewegen. Man hat sich damit abgefunden, daß Heinemanns politische Tätigkeit in ihnen ihre eigentlichen Ansatzpunkte besitzt, und man ist bereit zu konzedieren, daß die meisten dieser Pfarrer und "kirchlich aktiven Laien" es herzlich gut mit Volk und Menschheit meinen. Aber es hat sich auch in der Öffentlichkeit - soweit sie überhaupt auch nur mit einem Ohr davon Kenntnis nimmt - herumgesprochen, daß solche Gruppen und Grüppchen nicht die Kirche sind, ja, daß sie selbst dann in dieser Sache ohne kirchliche Legitimation sprechen, wenn sie - so wie es der Superintendent von Dortmund getan hat - mit amtlichem Briefkopf und Titel dabei in Erscheinung treten. Gelegentlich stutzt man, wenn man neben den bekannten Parteigängern Heinemanns auch neue Namen findet, von deren Trägern man ihres kirchlichen Amtes wegen größere Distanz und Zurückhaltung erwartet hätte.

Es ist klar, daß sich die Christlich-Demokratische Union und in ihr wiederum der Evangelische Arbeitskreis von diesen Aufrufen unmittelbar angesprochen fühlen. Es mag sein, daß wir manchem der Unterzeichner, vielleicht auch der Mitverfasser, dieser Aufrufe unrecht tun, wenn wir sie nur als einen politischen Angriff auf die von uns vertretene Politik verstehen. Ihrer politischen Wirkung nach werden sie - gleichgültig, ob dies beabsichtigt ist oder nicht - alle darauf hinauslaufen. Aber es ist dennoch nicht richtig, diese Absicht jedem, der sich an einer solchen Aktion beteiligt, zu unterstellen. Wenn man z.B. die Unterschriften unter dem von dem Pfarrer Lemp in Nellingen/Württ. verfaßten "Wort zur Wiederaufrüstung - Was nun?" prüft, dann muß man ohne weiteres sagen, daß unter den Unterzeichnern mindestens ebenso viele Leute sind, die es mit der CDU und ihren grundsätzlichen Anliegen "gut meinen", wie sich schärfste Gegner darunter befinden, die geneigt sind, die CDU als subtile Erfindung des Satans zu verdammen. Ähnliches läßt sich von anderen Aufrufen sagen. Wir sollten schon deshalb vorsichtig sein bei der Beurteilung dieser Schriftstücke und ihrer Unterzeichner.

Und noch mehr: Wir müssen bereit sein - auch wenn es uns politisch oder stimmungsmäßig gar nicht paßt -, uns auf den Kern der Sache hin immer wieder anreden zu lassen. Wir müssen das sein, auch wenn es uns allmählich langweilig wird, immer wieder zu erklären und auseinanderzusetzen, warum wir die politische Entscheidung gestern für die EVG und heute für die Pariser Verträge auch als Christen zu vertreten und zu verantworten gedenken. Keine Mißdeutung, ja, nicht einmal die immer wiederholte Unterstellung, als ob wir es mit dem Frieden weniger genau nähmen als die wortfreudigen Verfasser der verschiedenen Appelle, darf uns davon abbringen.

Durch die meisten dieser Worte, Rufe und Appelle zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß dem gefährlichen Hang, in der Macht und Gewalt das Heil zu sehen, ernstlich widerstanden werden müsse. Damit verbindet sich die seltsam ungeprüfte Vorstellung, daß nicht nur der Bundeskanzler, sondern die Mehrheit des Parlaments in einer höchst fatalen Weise in der Wiederbewaffnung als solcher das Heil Deutschlands erblicke. Der Gedanke, daß die Bundesregierung und das Parlament - soweit es die Verantwortung dafür zu übernehmen willens ist -, daß insbesondere die Christlich-Demokratische Union nur unter dem zwingenden Druck einer schweren Verantwortung für die Freiheit und die Sicherheit unseres Volkes der Wiederbewaffnung zustimmen, ist in all diesen Appellen kaum andeutungsweise zu finden. Dagegen wird uns, die wir die Narben zweier Kriege und der Tyrannei an unseren Leibern tragen, gesagt, daß "alle Methoden des Mißtrauens, der Drohung und der Gewalt" uns nicht schützen können. Da wird die "soziale Gerechtigkeit", die "Politik des Ausgleichs, der Verständigung und des Vertrauens"

gegen unser Bemühen gesetzt, das darauf ausgehe, "mit Hochdruck daran zu arbeiten, daß Deutschland bald wieder Soldaten, Kasernen und Panzer" erhalte. Es hat wenig Sinn, sich auf eine solche Diskussionsstellung einzulassen. Daß Korea, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und die Baltischen Provinzen auch mit noch so guten Sozialgesetzen nicht vor den Kosaken gerettet wurden, läßt den Verfasser jenes "Wortes" völlig unberührt. Es kommt ihm überhaupt nicht in den Sinn, einen Augenblick darüber nachzudenken, was im Frühjahr 1947 Griechenland vor der Einbeziehung in den russischen Satellitengürtel bewahrt hat. Daß das nicht das freundliche Zureden, sondern die Drohung des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten mit den Waffen gewesen ist, darf dem Pfarrer Lemp in Nellingen so wenig bedeuten wie die Erfahrung, die die Welt mit dem idealen Statut der Vereinten Nationen machen mußte. Daß das bloße Vertrauen auf dieses Statut und den Erfolg des freundlichen Zuredens Millionen mit dem Verlust der Freiheit und Tausende mit dem Leben bezahlen mußten, bleibt in diesem eitlen Rezept ganz außer Betracht.

Es ist wahr: die Welt ließe sich auch ohne neue Armeen denken, und zwar besser denken. Es ist eine Katastrophe der Menschheit, daß die ganze schöne Friedensordnung, wie sie in dem Statut der Vereinten Nationen ihren Niederschlag gefunden hat, zum größeren Teil bis heute eine Theorie geblieben ist. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß über den Schlachtfeldern und Massengräbern zweier Weltkriege neue Armeen mit neuen, schrecklichen Waffen aufgestellt werden müssen. Niemand braucht uns erst noch zu sagen, daß diese Entwicklung beklagenswert ist, und niemand braucht uns daran zu erinnern, wieviel besser und schöner es wäre, wenn die Völker Europas ohne Wehr und Waffen in die Zukunft gehen könnten. Die unausweichliche Zwangslage, in der wir uns befinden, sollte darum kein Tummelplatz sein für vielleicht wohlmeinende, aber zumindest undurchdachte politische Ratschläge oder für präventive Ansprüche und Vorwürfe. Diese Lage sollte uns vielmehr erneut über die furchtbare Gewalt dessen belehren, was die Kirche im persönlichen wie im kollektiven geschichtlichen Zusammenhang Sünde nennt. Über ihre Realität können wir uns nicht hinwegträumen. Wir müssen uns mühsam und oft qualvoll, im Alltag einer bitteren Verantwortung für uns selbst, für unser Volk und den Geschichtszusammenhang, in dem wir stehen, damit auseinandersetzen. Wir tun das nicht so, daß wir meinen oder vorgeben, im Osten sei alles schwarz und im Westen alles weiß. Wir predigen auch keinen Kreuzzug - im Gegenteil. Aber wir widersetzen uns entschieden jener Überheblichkeit, die die Unterschiede zwischen der Welt der Tyrannei und der Welt der Freiheit ignoriert oder bagatellisiert. Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß es auch im Bereich der freien Welt genug Gewalt und Unrecht gibt. Jedoch nach dem, was unsere Generation gesehen und erfahren hat, sollte es keines Wortes mehr darüber bedürfen, daß dennoch ein fundamentaler Unterschied zwischen der Welt des totalitären

Zwangsstaates und der des freiheitlichen Rechtsstaates besteht. Es ist für die Einäugigkeit vieler dieser angeblich kirchlichen Appelle kennzeichnend, daß in ihnen weder der unübersehbare Unterschied zwischen Ost und West in Sachen des Rechts und der Freiheit noch die Zwangslage, in der wir uns befinden, und gleich gar nicht die Friedensliebe und Friedenssehnsucht derer in Erscheinung treten, an die sie ihre Polemik und ihre Ermahnungen adressieren. Ist es dann verwunderlich, wenn den meisten dieser Appelle aus dem "evangelischen Raum" nachgesagt wird, daß sie eben doch nicht in erster Linie einem wahrhaft kirchlichen oder christlichen Anliegen, sondern der polemisch-politischen Tendenz entspringen, für die z.B. die Rede Karl B a r t h s , die er am 14. November 1954 in Wiesbaden auf Einladung der Hessischen Landesregierung gehalten hat, ein massives Vorbild ist. Seine sublimen Feindschaft gegen die CDU und ihren Vorsitzenden, sein tiefer, aller Liebe barer Vorbehalt gegen Deutschland schlechthin machen diesen Baseler Professor denkbar ungeeignet dafür, den Deutschen als Prophet und Lehrer vorgestellt zu werden.

Aber auch die massive und in der Form verletzende p o l i t i s c h e Verurteilung kann und muß im politischen Kampf, wenn auch nicht widerspruchlos, ertragen werden. Was jedoch nicht hingenommen werden kann und darf, ist die zuweilen ganz unbedenklich vollzogene, häufiger aber im Zwielficht bleibende Identifizierung dieser "Worte" und Appelle mit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Christlich-Demokratische Union sollte zunächst auch daraus eine Nutzenanwendung für ihr eigenes Verhalten ziehen: Wo das Gebot Gottes und die von der Kirche anerkannten Ordnungen es nicht ganz unzweifelhaft erlauben oder gebieten, da sollten wir davon absehen, die Kirche und ihre Autorität für irgendetwas in Anspruch zu nehmen, was uns politisch notwendig, zweckmäßig oder wünschenswert erscheint. Die CDU hat nichts davon, wenn sie den Versuch macht, die Kirche für irgendetwas zu engagieren, was nicht ohne jede Frage christlich geboten ist. Die Stimme der CDU darf nirgends weniger zweideutig, zwielfichtig und mißverständlich sein. Die CDU darf insbesondere nicht von sich aus den Eindruck erwecken, als ob sie eine bevorzugte politische Organisation der Kirche sei. Sie ist eine freie, keiner kirchlichen Autorität unterworfenene Gemeinschaft mündiger Christen. Nicht mehr, nicht weniger! Vornehmlich der evangelische Teil der CDU darf diese Mündigkeit nicht in Frage stellen lassen im Namen des höheren theologischen Sachverstandes. Es ist ein fataler Zug in den meisten der angeführten "Worte", daß sie politisch dilettantisch und in der Exegese kirchlicher Verlautbarungen, wie etwa der Synode von Weißensee oder der Weltkirchenkonferenz von Evanstone, mindestens unexakt oder einseitig sind. Umgekehrt sollten wir nicht den Versuch machen, die Theologie zur politischen Hilfswissenschaft zu degradieren. Unter keinen Umständen darf die Autorität der verfaßten Kirche und ihrer Organe in Anspruch genommen werden, wenn es sich darum handelt, eine politische Konzeption

durchzusetzen, die unter Christenmenschen nun einmal verschieden beurteilt werden kann.

Auf der anderen Seite aber ist es an der Zeit, daß wir nicht nur als eine politische Gemeinschaft mündiger Christen, sondern als Glieder unserer Kirche unsere Stimme gegen die manchmal stille, manchmal auch gar nicht stille Zwiengesichtigkeit und Zwieligkeit erheben, in der die meisten dieser gegen uns gerichteten politischen Attacken sich der Mitwelt darbieten. Sie sind fast durchweg so angelegt, daß sie den Unterzeichnern im Falle der Klage die Möglichkeit geben, sich darauf zurückzuziehen, daß sie nicht namens der Kirche und ihrer verantwortlichen Organe geschrieben und ergangen seien. Andererseits sind sie jedoch - bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt - so formuliert, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden gelesen und verstanden werden als eine kirchliche Verlautbarung - eben als das, was man seit Jahr und Tag als "Wort der Kirche" bezeichnet. Wir müssen als Mitglieder der CDU wie als Glieder unserer Kirche dafür dankbar sein, daß sich immer wieder Kirchenführer gefunden haben, die solche, die Redlichkeit zuweilen ernsthaft gefährdenden Verwirrungen im Namen der Wahrheit öffentlich klargestellt haben. Ein Beispiel dafür hat soeben Bischof D. Halfmann von Schleswig-Holstein gegeben (siehe S.13 dieser Ausgabe - Die Red.).

Es ist charakteristisch, daß weder der Schriftbeweis, noch eine Entscheidung der reformatorischen Bekenntnisse, noch das persönliche Zeugnis des Heiligen Geistes im allgemeinen für die uns heute beschäftigenden politischen Aktionen aus dem kirchlichen Raum in Anspruch genommen werden, sondern daß man sich auf Beschlüsse von Synoden und anderen größeren oder kleineren kirchlichen Konferenzen beruft. Die Methode dieser Berufung ist immer die gleiche. Sie besteht darin, daß legitime kirchliche Verlautbarungen einer einseitigen, gelegentlich willkürlichen Interpretation unterworfen werden, die von der betreffenden Synode oder der Weltkirchenkonferenz keineswegs gemeint oder gewollt wurde. Die Botschaft der Weltkirchenkonferenz von Evanstone vom Sommer 1954 können wir zumindest mit demselben guten Gewissen unterschreiben wie der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund und seine Amtsbrüder. Sie besagt nichts, aber auch gar nichts gegen die Intentionen, die Motive und Zielsetzungen der von der Bundesregierung und der CDU vertretenen Politik. Ähnliches gilt von der Essener Erklärung des Rates der EKD von 1950 und den Beschlüssen der Synode von Weißensee. Denn unser Thema ist nicht die Wiederholung militärischer Gewaltpolitik, sondern allein der Schutz der Freiheit und der Sicherheit des unserer Verantwortung anbefohlenen Volkes. Was dafür notwendig ist, das muß geschehen, gleichgültig, ob es uns leicht oder schwer fällt. Der deutsche Verteidigungsbeitrag fällt uns nicht leicht; aber weil die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands ihn heute unabweisbar von uns verlangen, werden wir ihn erbringen.

Als Christen müssen wir es uns gefallen lassen, in unserem politischen Tun auf die letzten Maßstäbe christlicher Verantwortung angesprochen zu werden. Wir müssen uns das gefallen lassen, gleichgültig, ob die verfaßte Kirche, ob Einzelne oder Gruppen uns auf die Grundlagen, Motive und möglichen Wirkungen unserer politischen Entscheidung hin befragen. Wir müssen zur Verantwortung darüber gegen jedermann bereit sein. Aber es ist auch unser gutes Recht, ja unsere Pflicht, darauf zu halten, daß das christliche Wort nicht zwielichtig zur politischen Waffe entwürdigt wird. Dies eben ist es, was in den Dokumenten der "Ohne-mich"-Bewegung aus dem Raum der evangelischen Kirche das christliche Gewissen bedrückt und die politische Auseinandersetzung unchristlich verbittert.

---

KIRCHLICHER NEUTRALISMUS

VBA 5096.2

von Professor D.Dr. Helmut Thielicke

Dieser Beitrag enthält auch kritische Ausführungen gegen politische Freunde von uns. Wir veröffentlichen ihn gerade deshalb, weil uns bei den zur Debatte stehenden ernstesten Fragen an einem echten Gespräch gelegen ist, das von dem Bemühen um gegenseitiges Verständnis getragen werden muß. Die Red.

Die aus manchen Kreisen der evangelischen Kirche immer wieder geäußerten Bedenken gegen eine westdeutsche Wiederbewaffnung, die Synodal- und Bruderschaftsbeschlüsse, die Appelle an die Öffentlichkeit und an die Bundestagsabgeordneten rühren an theologische Grundsatzfragen, die ich in meiner Schrift "Die evangelische Kirche und die Politik", Stuttgart, 2. Auflage 1954 (siehe "Evangelische Verantwortung" Nr.5/6, 1953, S.28 - Die Red.), ausführlich besprochen habe und die ich - da sie nur in gründlicheren Reflexionen zugänglich sind - in diesen wenigen Zeilen nicht noch einmal aufgreifen kann. Nur die Kernfrage, um die es dabei geht, sei nochmals berührt: daß die Kirche, wenn sie sich als Gesamtheit äußert, zwischen den Weisungen ihrer Botschaft und zwischen sachlichen Ermessensfragen unterscheiden muß.

In der Botschaft von Jesus Christus sind alle Glieder der Gemeinde gemeinsam angesprochen; in ihr und unter ihr w e r d e n sie überhaupt zur Gemeinde. In den sachlichen Ermessensfragen dagegen entscheiden sie unterschiedlich: Die Grade der Einsicht sind verschieden, die Beurteilungskriterien sind anders, das soziale und wirtschaftliche Milieu, das prägend auf jene Kriterien wirkt, ist ebenfalls buntscheckig. Nur angesichts Jesu Christi kann gesagt werden, daß "hier kein Jude und Grieche, kein Knecht und kein Freier sei"; ER umspannt sie